

195 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIV. GP

1976 05 04

Regierungsvorlage

Bundesgesetz vom XXXXXXXXXX über den Beitritt Österreichs zum EFTA- Industrieentwicklungsfonds für Portugal

Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Der Bundespräsident oder ein von ihm hiezu bevollmächtigter Vertreter wird ermächtigt, namens der Republik Österreich dem im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation errichteten EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal beizutreten.

§ 2. (1) Österreich leistet einen Beitrag im Gegenwert von 12 798 972 Sonderziehungsrechten, berechnet nach der vom Internationalen Währungsfonds angewendeten Berechnungsmethode. Die Mittel sind in fünf gleich hohen Jahresraten dem EFTA-Industrieentwicklungsfonds bei der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellen.

(2) Die Verrechnung hat bei dem im Bundesfinanzgesetz 1976, BGBl. Nr. 1, neu zu eröffnenden Ansatz 1/54849 „Sonstige Zahlungsverpflichtungen mit Forderungszugängen“ bei der

Post 2680 „Beitrag an den EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal“ zu erfolgen. Bei diesem Ansatz wird eine Ausgabenüberschreitung im Betrag von 60 Millionen Schilling genehmigt.

(3) Weiters ist für Rückzahlungen aus dem Beitrag der Ansatz 2/54847 „Rückzahlung aus Zahlungsverpflichtungen“ mit der Post 2680 „Einnahmen vom EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal“ zu eröffnen.

(4) Die im Artikel I Abs. 1 des Bundesfinanzgesetzes 1976, BGBl. Nr. 1, für die ordentliche Gebarung und für die Gesamtgebarung ausgewiesenen Abgangbeträge werden um je 60 Millionen Schilling erhöht.

§ 3. Das Protokoll über Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten der Europäischen Freihandelsassoziation (BGBl. Nr. 142/1961) findet auch auf die Organe des Fonds Anwendung.

§ 4. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Finanzen, hinsichtlich der §§ 1 und 3 die Bundesregierung betraut.

Erläuterungen

Der EFTA-Ministerrat hat über dringendes und wiederholtes Ersuchen Portugals am 5. November 1975 die Errichtung eines Industrieentwicklungsfonds für Portugal (im folgenden Fonds genannt) im Rahmen der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) in Höhe von 100 Millionen US-Dollar beschlossen; dieser Fonds soll durch Stärkung der portugiesischen Wirtschaft die Entwicklung zur Demokratie in Portugal unterstützen. Ziel des Fonds ist es, durch Finanzierung bestimmter Vorhaben betreffend den Wiederaufbau oder die Errichtung von insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen des privaten und öffentlichen Sektors zur Entwicklung der portugiesischen Industrie beizutragen.

Das Fondskapital wird von den EFTA-Mitgliedstaaten und Finnland entsprechend folgendem Schlüssel bereitgestellt werden:

Osterreich	15,1280%
Finnland	10,2410%
Island	1,0000%
Norwegen	12,0030%
Portugal	6,1190%
Schweden	30,0000%
Schweiz	25,5090%

Die Rückzahlung des Fondskapitals ist in 15 Jahresraten bis zum Ende des 25. Jahres nach Inkrafttreten des Fonds vorgesehen, wobei ab dem sechsten Jahr eine Verzinsung von 3% vereinbart wurde.

Die Kreditvergabe durch den Fonds erfolgt durch ein Direktionskomitee in Genf, kleinere Projekte können bis zu festgesetzten Grenzen von einer Exekutivkommission in Lissabon vergeben werden, welche auch die banktechnische Durchführung übernimmt.

Der Fonds hat gebührend auf die Förderung des EFTA-Binnenhandels Rücksicht zu nehmen und seine Geschäfte derart zu führen, daß ein wesentlicher Teil seiner Mittel für Käufe im Gebiet der Assoziation verwendet wird.

Zu § 1:

Der Fonds wurde durch die in deutscher Übersetzung und in Originalsprache beiliegenden

Beschlüsse des EFTA-Rates bzw. FINEFTA-Rates errichtet (Anlage). Österreich hat den Beschluß Nr. 4/1976 des EFTA-Rates und den Beschluß Nr. 1/1976 des Gemeinsamen Rates der FINEFTA vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung angenommen. Durch die Genehmigung dieses Bundesgesetzes werden die Voraussetzungen für die Abgabe einer Erklärung im Sinne des Abs. 7 des genannten EFTA-Ratsbeschlusses bzw. Abs. 3 des -FINEFTA-Ratsbeschlusses geschaffen.

Zu § 2:

Dieser Paragraph unterliegt gemäß Art. 42 Abs. 5 B-VG nicht der Beschlußfassung durch den Bundesrat, da in ihm eine Änderung des Bundesvoranschlages und eine Verfügung über Bundesvermögen getroffen wird.

Zu § 2 Abs. 1:

Zur Verringerung des Wechselkursrisikos bei der Berechnung der Beiträge der Geberländer sowie der Rückzahlung an die Geberländer wird das aus einem Korb von 16 Währungen bestehende Sonderziehungsrecht (SZR), berechnet nach der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) seit 1. Juli 1974 angewendeten Berechnungsmethode, herangezogen. Dieser Korb besteht aus folgenden Währungen:

	Gewichtsanteil in %	Teilbetrag in der jeweiligen Währung
US-Dollar	33,0	0,40
Deutsche Mark	12,5	0,38
Pfund Sterling	9,0	0,045
Französische Francs	7,5	0,44
Japanische Yen	7,5	26,0
Kanadische Dollar	6,0	0,071
Italienische Lire	6,0	47,0
Holländische Gulden	4,5	0,14
Belgische Francs	3,5	1,6
Schwedische Kronen	2,5	0,13
Australische Dollar	1,5	0,012
Dänische Kronen	1,5	0,11
Norwegische Kronen	1,5	0,099
Spanische Peseten	1,5	1,1
Österreichische Schilling	1,0	0,22
Südafrikanische Rand	1,0	0,0082

An jedem Geschäftstag bewertet der IWF die vorgenannten Währungsbeträge des Korbes zu deren US-Dollar-Mittelkursen im Londoner Devisenmarkt von 12 Uhr mittags; für Yen nach dem in Tokio festgestellten Kurs. Die Summe der US-Dollar-Gegenwerte jedes Währungsbetrages ergibt den SZR-Transaktionswert ausgedrückt in US-Dollar. SZR-Transaktionswerte für alle anderen Währungen werden über die auf dem Devisenmarkt des betreffenden Landes festgestellten US-Dollar-Kurse ermittelt.

Der IWF gibt täglich eine Tabelle mit den SZR-Transaktionswerten heraus, die von den Nachrichtenagenturen verbreitet und im „IMF Survey“ vierzehntäglich publiziert werden.

Am 5. November 1975, dem Tag des EFTA-Ministerratsbeschlusses, entsprachen 100 Millionen Dollar 84 604 516 Sonderziehungsrechten.

Die vom Bundesministerium für Finanzen bei der Oesterreichischen Nationalbank zur Verfügung zu stellenden Mittel werden gemäß Artikel 3 Abs. 3 und 4 des Statuts des Fonds abgerufen.

Zu § 2 Abs. 2:

Der Anteil Österreichs an den Jahresraten beträgt 2 559 794,4 SZR; zum Transaktionswert des Sonderziehungsrechtes vom 20. April 1976 waren dies 53,64 Millionen Schilling. Seit 1. Juli 1974 schwankte der Schillinggegenwert der genannten Summe zwischen 50,2 Millionen und 58,2 Millionen Schilling; um eventuelle Kurschwankungen zu berücksichtigen, wurde der Gegenwert im Gesetzentwurf mit 60 Millionen Schilling begrenzt.

Zu § 2 Abs. 3:

Da diese Ausgaben im Bundesvoranschlag 1976 nicht veranschlagt sind, ist für die Bereitstellung der erforderlichen Bundesmittel für die erste Jahresrate die Genehmigung einer dementsprechenden Ausgabenüberschreitung beim Ansatz 1/54849 „Sonstige Zahlungsverpflichtungen mit Forderungszugängen“ bei der Post 2680 „Beitrag an den EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal“ des Bundesfinanzgesetzes 1976, BGBl. Nr. 1, erforderlich. Die Bedeckung ist durch Einnahmen aus dementsprechenden Kreditoperationen gemäß Art. VIII Abs. 1 Z. 1 lit. a bis c des Bundesfinanzgesetzes 1976 vorgesehen. Dadurch erhöhen sich die im Art. I Abs. 1 des Bundesfinanzgesetzes 1976 in der ordentlichen Gebarung und in der Gesamtgebarung ausgewiesenen Abgänge um je 60 Millionen Schilling.

Zu § 3:

Der Fonds wird seinen Sitz in Genf haben, die Exekutivkommission in Lissabon. Da das Protokoll über Rechtsfähigkeit, Privilegien und

Immunitäten der Europäischen Freihandelsassoziation auch auf den Fonds Anwendung zu finden hätte, ist dies im § 3 ausdrücklich vorgesehen.

Zu § 4:

Vollzugsklausel.

(Übersetzung)

Anlage zu § 1 der Erläuterungen

EUROPÄISCHE FREIHANDELS- ASSOZIIATION EFTA/DC 4/76
1 Anlage

BESCHLUSS DES RATES Nr. 4/1976

(In der 10. gemeinsamen Sitzung am 7. April 1976 gefaßt)

EFTA-INDUSTRIEENTWICKLUNGSFONDS FÜR PORTUGAL

DER RAT hat,

gestützt auf das Ersuchen der Regierung Portugals, das dem Rat und dem Gemeinsamen Rat bei der 17. gemeinsamen Tagung vorgelegt wurde,

vom Wunsche geleitet, die Entwicklung zur Demokratie in Portugal durch Stärkung der portugiesischen Wirtschaft zu fördern,

unter Bedachtnahme auf die bei der 26. gemeinsamen Tagung 1975 des Rates und des Gemeinsamen Rates auf Ministerebene erzielte Übereinstimmung,

in der Erwägung, daß die Bestimmungen des Hauptsitzübereinkommens vom 10. August 1961 und des Protokolls über Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten der Europäischen Freihandelsassoziation vom 28. Juli 1960 auf die Institutionen der Assoziation Anwendung finden,

in der Erkenntnis, daß Portugal dem Rat mitgeteilt hat, daß es in Kürze seine Ratifikationsinstrumente dieses Protokolls hinterlegen wird; bis zur Hinterlegung wird Portugal den durch diesen Beschluß errichteten Fonds und seine Vermögenswerte in Portugal so behandeln, als hätte Portugal das genannte Protokoll ratifiziert,

gestützt auf Artikel 1 Absatz 4, Artikel 2 lit. a und Artikel 32 Absatz 1 lit. c, Abs. 3 und 4 des Übereinkommens,

BESCHLOSSEN:

1. Der EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal wird hiermit als eine Institution der Europäischen Freihandelsassoziation errichtet.

2. Das Statut des Fonds ist das diesem Beschluß als Anlage beigeschlossene Statut; es tritt gleichzeitig mit diesem Beschluß in Kraft.

3. Wie im Statut vorgesehen, leisten die Mitgliedstaaten zu diesem Fonds Beiträge, und Portugal ergänzt, falls erforderlich, die Rückzahlungen der Beiträge und die Zahlung von Zinsen hievon.
4. Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Fonds sind von den anderen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der Assoziation getrennt zu halten.
5. Das Statut des Fonds kann wie folgt geändert werden:
 - a) Falls sich die Anzahl der Mitgliedstaaten oder assoziierten Staaten ändert, beschließt der Rat die entsprechenden Änderungen des Statuts des Fonds. Der Rat kann auch Änderungen des Statuts beschließen, die das Wesen des Fonds nicht ändern oder keine neuen finanziellen Verpflichtungen auferlegen und die die Rechte bezüglich der Rückzahlung der Beiträge unverändert lassen.
 - b) Andere Änderungen des Statuts sind nach Genehmigung durch Beschluß des Rates den Mitgliedstaaten zur Annahme vorzulegen.
6. Falls eine grundlegende Änderung der Bedingungen, unter denen der Fonds tätig ist, eintritt, überprüft der Rat die Lage. Falls keine zufriedenstellende Lösung erzielt wird und falls fünf oder mehr der im Artikel 3 des Statuts genannten Beitragstaaten den Rat benachrichtigen, daß nach ihrer Ansicht eine Lage eingetreten ist, die die grundlegenden Voraussetzungen für die Errichtung des Fonds ändert, dann suspendiert der Fonds jede mit neuen Finanzierungsoperationen verbundene Tätigkeit, bis der Rat etwas anderes beschließt. In einem derartigen Fall kann die Zahlung von Raten oder Teilen davon nur bis zu jenem Ausmaß abgerufen werden, das zur Erfüllung früher abgeschlossener Darlehensvereinbarungen und Vereinbarungen über andere Finanzierungen notwendig ist.
7. Dieser Beschluß tritt in Kraft, sobald ihn die Vertreter aller Mitgliedstaaten im Rat entweder im Rat ohne Vorbehalt angenommen oder nachträglich ihre Annahme dem Generalsekretär notifiziert haben, aber nicht bevor der Beschluß des Gemeinsamen Rates, der diesen Beschluß auch in den Beziehungen zu Finnland anwendbar macht, in Kraft tritt.
8. Der Generalsekretär wird die Vertreter aller Mitgliedstaaten im Rat über das Datum des Inkrafttretens dieses Beschlusses benachrichtigen.
9. Der Generalsekretär wird den Text dieses Beschlusses bei der Regierung Schwedens hinterlegen.

FINNLAND—EFTA
ASSOZIATION

FINEFTA/DJC 1/76

BESCHLUSS DES GEMEINSAMEN RATES Nr. 1/1976

(In der 10. gemeinsamen Sitzung am 7. April 1976 gefaßt)

EFTA-INDUSTRIEENTWICKLUNGSFONDS FÜR PORTUGAL

DER GEMEINSAME RAT hat,

gestützt auf das Ersuchen der Regierung Portugals, das dem Rat und dem Gemeinsamen Rat bei der 17. gemeinsamen Tagung vorgelegt wurde,

vom Wunsche geleitet, die Entwicklung zur Demokratie in Portugal durch Stärkung der portugiesischen Wirtschaft zu fördern,

unter Bedachtnahme auf die bei der 26. gemeinsamen Tagung 1975 des Rates und des Gemeinsamen Rates auf Ministerebene erzielte Übereinstimmung,

in der Erwägung, daß die Bestimmungen des Hauptsitzübereinkommens vom 10. August 1961 und des Protokolls über Rechtsfähigkeit, Privilegien und Immunitäten der Europäischen Freihandelsassoziation vom 28. Juli 1960 auf die Institutionen der Assoziation Anwendung finden,

in der Erkenntnis, daß Portugal dem Rat mitgeteilt hat, daß es in Kürze seine Ratifikationsinstrumente dieses Protokolls hinterlegen wird; bis zur Hinterlegung wird Portugal den durch Beschluß des EFTA-Rates Nr. 4/1976 errichteten Fonds und seine Vermögenswerte in Portugal so behandeln, als hätte Portugal das genannte Protokoll ratifiziert,

gestützt auf Artikel 6 Absatz 2 lit. c sowie Absatz 3 und 6 des Assoziierungsübereinkommens,

BESCHLOSSEN:

1. Der Beschluß des EFTA-Rates Nr. 4/1976, mit dem der EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal errichtet und das Statut in Wirksamkeit gesetzt wurde, ist auch für Finnland bindend und in den Beziehungen zwischen Finnland und den anderen Parteien des Assoziierungs-Übereinkommens anzuwenden.

2. Finnland trägt, wie im Statut vorgesehen, zum Fonds bei.

3. Dieser Beschluß tritt in Kraft, sobald die Vertreter aller Parteien des Assoziierungs-Übereinkommens ihn entweder im Gemeinsamen Rat ohne Vorbehalt angenommen oder nachträglich ihre Annahme dem Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation notifiziert haben.

195 der Beilagen

5

4. Der Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation wird die Vertreter aller Parteien des Assoziierungs-Übereinkommens über das Datum des Inkrafttretens dieses Beschlusses benachrichtigen.

5. Der Generalsekretär der Europäischen Freihandelsassoziation wird den Text dieses Beschlusses bei der Regierung Schwedens hinterlegen.

EUROPAISCHE
FREIHANDELSASSOZIATION

Anlage zu
EFTA/DC 4/76

EFTA-INDUSTRIEENTWICKLUNGSFONDS FÜR PORTUGAL

STATUT

Artikel 1

Das Statut

Dieses Statut findet Anwendung auf den EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal, im folgenden „der Fonds“ genannt, der durch den Beschluß des Rates der Europäischen Freihandelsassoziation Nr. 4/1976 und den Beschluß des Gemeinsamen Rates der zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandels-

Osterreich	15,128 Prozent,	das sind	12 798 972 SZR
Finnland	10,241 Prozent,	das sind	8 664 348 SZR
Island	1,000 Prozent,	das sind	846 045 SZR
Norwegen	12,003 Prozent,	das sind	10 155 080 SZR
Portugal	6,119 Prozent,	das sind	5 176 950 SZR
Schweden	30,000 Prozent,	das sind	25 381 355 SZR
Schweiz	25,509 Prozent,	das sind	21 581 766 SZR

3. Die Beiträge sind dem Fonds in fünf gleichen Jahresraten in der Währung des jeweiligen Beitragstaates oder in einer anderen für den Fonds annehmbaren Währung zur Verfügung zu stellen. Die erste Rate ist vier Wochen nach Inkrafttreten dieses Statuts und die weiteren Raten am gleichen Tage jedes der folgenden vier Jahre zur Verfügung zu stellen.

4. Der Fonds ruft Teilbeträge im Rahmen laufender und früherer Jahresraten nach Maßgabe der Durchführung seiner Geschäfte ab. Jeder Abruf von Teilbeträgen hat gemäß der in Absatz 2 angeführten prozentualen Aufteilung zu erfolgen, falls der Rat nichts anderes beschließt; nach Ablauf des zehnten Jahres des Bestehens des Fonds kann keine Rate oder Teilbetrag hiervon mehr abgerufen werden.

5. Für Zwecke der Einzahlung und Rückzahlung der Beiträge beginnt das erste Jahr des Fonds am Tage des Inkrafttretens dieses Statuts

assoziation und der Republik Finnland geschaffenen Assoziation Nr. 1/1976 errichtet wurde.

Artikel 2

Zielsetzung

Der Fonds hat zum Ziele, zur Entwicklung der portugiesischen Industrie durch Finanzierung bestimmter Vorhaben betreffend den Wiederaufbau oder die Errichtung von Unternehmen, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen, des privaten und öffentlichen Sektors beizutragen.

Artikel 3

Beiträge zum Fonds

1. Der Gesamtbetrag der Beiträge der Mitgliedstaaten und Finnlands zum Fonds entspricht dem Gegenwert von 84 604 516 (vierundachtzig Millionen sechshundertundviertausend fünfhundertundsechzehn) Sonderziehungsrechten (SZR), berechnet nach der vom Internationalen Währungsfonds mit Wirkung vom 1. Juli 1974 angewendeten Berechnungsmethode.

2. Die Mitgliedstaaten und Finnland (Beitragstaaten) tragen zu diesem Betrage wie folgt bei:

und jedes folgende Jahr am gleichen Tage des darauffolgenden Jahres.

6. Jeder Beitragstaat notifiziert dem Rat die Stelle, die im jeweiligen Staat für die Einzahlung der Beiträge an den Fonds verantwortlich ist. Der Fonds schließt mit diesen Stellen, mit der Portugiesischen Zentralbank und, wo dies zweckdienlich ist, mit anderen Zentralbanken oder Finanzinstitutionen ein Abkommen, in dem die Einzelheiten der Überweisung der Beiträge oder von Teilbeträgen sowie des Umtausches festgelegt werden.

Artikel 4

Handelsförderung

Der Fonds hat gebührend auf die Förderung des EFTA-Binnenhandels Rücksicht zu nehmen und seine Geschäfte derart zu führen, daß ein wesentlicher Teil seiner Mittel für Käufe im Gebiet der Assoziation verwendet wird.

Artikel 5

Finanzierungsgeschäfte des Fonds

1. Der Fonds erreicht sein Ziel:
 - a) durch Gewährung von Darlehen auf Grundlage allgemein anerkannter Bankgrundsätze für bestimmte Vorhaben; und
 - b) bis zu einem Betrag im Gegenwert von zehn Prozent des Gesamtbetrages der Beiträge durch Gewährung von Darlehen für bestimmte Vorhaben zu vorteilhafteren Bedingungen als für Darlehen, auf die sich Buchstabe a bezieht, und durch Finanzierung von Projektstudien, technischer Hilfe oder Forschung.
2. Für die Finanzierungsgeschäfte, auf die sich Absatz 1 bezieht, verwendet der Fonds alle ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel.
3. In der Regel übernimmt der Fonds nicht die Gesamtfinanzierung eines Vorhabens. Darlehen des Fonds sind normalerweise durch Beiträge des Darlehensnehmers oder aus einer anderen Quelle, einschließlich der Industrie im Gebiet der Assoziation, zu ergänzen. Der Fonds kann mit anderen Finanzinstitutionen bei der Planung von geeigneten Vorhaben zusammenarbeiten.

Artikel 6

Durchführung der Geschäfte und Haftung des Fonds

1. Der Fonds hat seine Geschäfte derart durchzuführen, daß er seine Verpflichtungen gegenüber den Beitragstaaten erfüllen kann.
2. Abgesehen von den Bestimmungen des Artikel 7, Absatz 3 ist die finanzielle Haftung jedes Beitragstaates für die Verpflichtungen des Fonds zu jedem Zeitpunkt auf die Teile des Beitrages dieses Staates beschränkt, die er an den Fonds bezahlt hat und die noch nicht zurückgezahlt wurden.
3. Die Europäische Freihandelsassoziation übernimmt keine finanzielle Haftung für die vom Fonds eingegangenen Verpflichtungen.

Artikel 7

Rückzahlung der Beiträge

1. Der Fonds zahlt den Beitragstaaten die an den Fonds bezahlten Beiträge zurück und hat diese Rückzahlung spätestens am letzten Tag des fünfundzwanzigsten Jahres des Bestehens des Fonds zu beenden. Falls der Rat unter außerordentlichen Umständen einen anderen Zeitplan festlegt, ist der Gegenwert eines Fünfzehntels des jeweiligen Beitrages, ausgedrückt in SZR, längstens bis Ende des elften Jahres und bis

Ende jedes der folgenden vierzehn Jahre des Bestehens des Fonds zurückzuzahlen.

2. Jede Rückzahlung erfolgt in der Währung des Beitragstaates oder in jeder anderen seitens dieses Staates annehmbaren Währung. Falls der Internationale Währungsfonds die Berechnungsmethode der Sonderziehungsrechte, die ab 1. Juli 1974 angewendet wird, ändert, beschließt der Rat, ob der Fonds die neue Methode übernimmt.
3. Falls der Fonds zu einem Zeitpunkt, zu dem die Rückzahlung von Teilen der Beiträge oder die Zahlung von Zinsen fällig ist, nicht genügend verfügbare Mittel für solche Zahlungen hat, stellt die portugiesische Regierung annehmbare Währungen in einem Ausmaß zur Verfügung, das zur Deckung des Fehlbetrages notwendig ist. Sobald der Fonds wieder die notwendigen Mittel besitzt, erstattet er der portugiesischen Regierung den derart zur Verfügung gestellten Betrag zurück.
4. Nach Rückzahlung der Beiträge an die Beitragstaaten und nach Bezahlung der Zinsen hierfür hört der Fonds als Institution der EFTA zu bestehen auf. Sämtliche zu diesem Zeitpunkt verbleibenden Mittel des Fonds gehen in das Eigentum Portugals oder einer von der portugiesischen Regierung nominierten Institution über, die auch alle verbleibenden Verpflichtungen des Fonds übernimmt.

Artikel 8

Verzinsung der Beiträge

1. Im sechsten Jahr des Fonds und in jedem der folgenden Jahre sind die einbezahlten und noch nicht zurückgezahlten Beiträge mit 3 Prozent jährlich, zahlbar am Ende jedes Jahres des Fonds ab dem sechsten Jahr, zu verzinsen.
2. Der Rat kann unter Berücksichtigung der Lage der portugiesischen Wirtschaft beschließen, den Beginn der Verzinsung zu verschieben und kann beschließen, daß Zinsen zu einem niedrigeren Zinsfuß für alle oder einen Teil der Beiträge zu bezahlen sind.

DIE ORGANE DES FONDS

Artikel 9

Obliegenheiten des Rates

1. Dem Rat obliegt es, die Anwendung dieses Statuts zu überwachen, Richtlinien hierfür zu erlassen und diesbezügliche Beschlüsse zu fassen.
2. Einem Vertreter Finnlands steht das Recht zu, an allen Sitzungen des Rates, an denen der Fonds betreffende Angelegenheiten behandelt werden, teilzunehmen; er verfügt hiebei über eine Stimme.

195 der Beilagen

7

Artikel 10

Obliegenheiten des Direktionskomitees

Dem Direktionskomitee obliegt es, soweit in diesem Statut nicht ausdrücklich anders bestimmt wird, den Fonds zu leiten. Dem Komitee obliegt es insbesondere:

- a) allgemeine, vom Rat zu billigende Richtlinien über die Modalitäten und Bedingungen der Finanzierungsgeschäfte des Fonds festzulegen;
- b) im Einklang mit diesen Richtlinien über Darlehen und andere Finanzierungsgeschäfte des Fonds, ausgenommen jene, über die gemäß den Bestimmungen des Artikels 12 Absatz 1 lit. c die Exekutivkommission zu entscheiden hat, Beschlüsse zu fassen;
- c) halbjährlich dem Rat über seine laufende Tätigkeit zu berichten und jeden vom Rat angeforderten zusätzlichen Bericht zu erstellen.

Artikel 11

Zusammensetzung und Verfahren des Direktionskomitees

1. Das Direktionskomitee besteht aus einem Mitglied aus jedem Beitragstaat, das von der betreffenden Regierung nominiert wird, sowie aus je einem stellvertretenden Mitglied, das dem Mitglied zur Seite steht und es bei Verhinderung vertritt. Der Generalsekretär der EFTA oder sein Vertreter nimmt an allen Sitzungen des Direktionskomitees teil und kann sich an dessen Beratungen beteiligen.

2. Jedes Mitglied des Direktionskomitees verfügt über eine Stimme. Alle Beschlüsse, durch welche Darlehen und andere Finanzierungsgeschäfte, die in jedem einzelnen Fall den Gegenwert von drei Millionen SZR nicht überschreiten dürfen, gebilligt werden, können mit einer Mehrheit von fünf bejahenden Stimmen gefaßt werden, vorausgesetzt, daß die Stimme des portugiesischen Mitglieds zu den bejahenden Stimmen zählt. Die anderen Beschlüsse werden einstimmig gefaßt. Ein Beschluß gilt als einstimmig, wenn kein Mitglied eine ablehnende Stimme abgibt. Bei Berichterstattung des Direktionskomitees an den Rat kann jedes eine abweichende Auffassung vertretende Mitglied verlangen, daß seine Auffassung festgehalten wird.

3. Ein Vertreter der Exekutivkommission wird, falls vom Direktionskomitee nicht anders beschlossen, eingeladen, an den Sitzungen des Komitees teilzunehmen; er kann sich an seinen Beratungen beteiligen. Das Komitee kann Sondergruppen einsetzen und Experten einladen, es bei der Beurteilung von Vorhaben und bei seinen Beratungen zu unterstützen.

4. Das Direktionskomitee legt seine Geschäftsordnung fest, die vom Rat gebilligt werden

muß. Die Geschäftsordnung bestimmt, daß für Beschlüsse über Verfahrensfragen eine Mehrheit von fünf Stimmen genügt.

5. Die erste Sitzung des Direktionskomitees wird vom Rat zum frühestmöglichen Termin nach Inkrafttreten dieses Statuts einberufen.

Artikel 12

Die Exekutivkommission in Portugal

1. Das Direktorium der Banco de Fomento Nacional in Lissabon fungiert als Exekutivkommission des Fonds in Portugal und hat folgende Funktionen:

- a) interessierte Unternehmen über die Möglichkeiten und Bedingungen zur Erlangung finanzieller Hilfe seitens des Fonds zu unterrichten;
- b) in Frage kommenden Darlehensnehmern bei der Vorbereitung von Vorhaben behilflich zu sein und als Antragsempfänger zu wirken;
- c) im Einklang mit den vom Direktionskomitee festgelegten Richtlinien bis zu einem Gesamtbetrag in Höhe der Hälfte der dem Fonds zur Verfügung stehenden Mittel in jedem Jahr zu entscheiden über
 - i) Anträge auf Darlehen, auf die sich Artikel 5 Absatz 1 lit. a bezieht und die in jedem einzelnen Fall nicht mehr als den Gesamtwert von 1,2 Millionen SZR betragen dürfen; und über
 - ii) Anträge betreffend Finanzierungsgeschäfte, auf die sich Artikel 5 Absatz 1 lit. b bezieht und die in jedem Fall 200 000 SZR nicht übersteigen dürfen; der Gesamtbetrag derartiger Finanzierungsgeschäfte darf die Hälfte des Betrages, auf den sich der genannte Absatz bezieht, nicht übersteigen;
- d) andere Anträge auf Finanzierung durch den Fonds zusammen mit einer Empfehlung dem Direktionskomitee vorzulegen;
- e) Darlehensverträge über durch das Direktionskomitee oder durch die Exekutivkommission selbst im Einklang mit lit. c beschlossene Darlehen abzuschließen, die Einräumung der vorgeschriebenen Sicherheiten zu gewährleisten, die Darlehenssumme auszuzahlen, die Rückzahlung des Kapitals und die Bezahlung der Zinsen zu kontrollieren, Maßnahmen im Falle der Nichteinhaltung einer Zahlungsverpflichtung zu ergreifen und die richtige Ausführung des Vorhabens zu überwachen;
- f) alle anderen Schritte zu unternehmen, die zur Erfüllung seiner Funktionen in Portugal erforderlich sind;

g) periodisch und auf Aufforderung des Direktionskomitees diesem zu berichten.

2. Die Übernahme dieser Funktionen durch das Direktorium der Banco de Fomento Nacional wird in einem schriftlichen Abkommen niedergelegt.

Artikel 13

Funktionen des Generalsekretärs und Sekretariatsdienste

Der Generalsekretär führt die vom Rat gefaßten Beschlüsse betreffend den Fonds durch und, unterstützt das Direktionskomitee bei seinen Aufgaben. Das EFTA-Sekretariat besorgt die Sekretariatsdienste.

Artikel 14

Rechnungsprüfung

Der Rat veranlaßt eine jährliche unabhängige Prüfung der Finanzgebarung des Fonds.

Artikel 15

Jahresbericht

Ein Jahresbericht des Fonds, der dessen Tätigkeit beschreibt und seinen Jahresrechnungsabschluß wiedergibt, ist vom Direktionskomitee über den Generalsekretär dem Rat zur Billigung vorzulegen und mit Zustimmung des Rates zu veröffentlichen.

EUROPEAN FREE TRADE
ASSOCIATION

EFTA/DC 4/76
1 Annex

DECISION OF THE COUNCIL No. 4 OF 1976

(Adopted at the 10th Simultaneous Meeting on 7th April 1976)

EFTA INDUSTRIAL DEVELOPMENT FUND FOR PORTUGAL

THE COUNCIL,

Having regard to the request of the Portuguese Government presented at the 17th Simultaneous Meeting of the Council and Joint Council in 1975,

Desiring to support the process towards democracy in Portugal by strengthening the Portuguese economy,

Considering the agreement reached by the Council and Joint Council at Ministerial level at their 26th Simultaneous Meeting in 1975,

Considering the fact that the provisions of the Headquarters Agreement, dated 10th August 1961, and the Protocol on the Legal Capacity, Privileges and Immunities of the European Free

Trade Association, dated 28th July 1960, apply to the institutions of the Association,

Noting that Portugal has notified the Council that it will deposit shortly its instrument of ratification of that Protocol and that, pending this deposit, Portugal will treat the Fund to be established by this Decision and its assets in Portugal as if the Protocol were already ratified,

Having regard to paragraph 4 of Article 1, to Article 2 (a) and to paragraphs 1 (c), 3 and 4 of Article 32 of the Convention,

DECIDES:

1. The EFTA Industrial Development Fund for Portugal is hereby established as an institution of the European Free Trade Association.

2. The Statute of the Fund shall be the Statute which is annexed to this Decision; it shall enter into force at the same time as this Decision.

3. The Member States shall contribute to the Fund and Portugal shall, where necessary, complete the repayment of the contributions and the payment of interest thereon, as provided for in the Statute.

4. The assets and liabilities of the Fund shall be held separately from the other assets and liabilities of the Association.

5. The Statute of the Fund may be amended in the following way:

(a) If the number of Member States or Associated States changes, the Council shall decide on the consequential amendments to the Statute of the Fund. The Council may also decide on amendments to the Statute which do not alter the character of the Fund or impose new financial obligations and which leave the rights concerning the repayment of the contributions unchanged.

(b) Other amendments to this Statute shall, if approved by Decision of the Council, be submitted to the Member States for acceptance.

6. In the event that there is a fundamental change in the conditions under which the Fund operates, the Council shall review the situation. If no satisfactory solution is reached and if five or more of the Contributory States referred to in Article 3 of the Statute notify the Council that in their view a situation has developed which alters essentially the basic assumptions underlying the establishment of the Fund, then the Fund shall suspend, until the Council decides otherwise, any activity relating to new financing operations. In such a case, payment of instalments or parts thereof may only be called for to the extent necessary for honouring loan agreements

and agreements on other financing operations previously concluded.

7. This Decision shall enter into force when the representatives in the Council of all Member States have either accepted it in the Council without reservation or have subsequently notified their acceptance to the Secretary-General, but not before the Decision of the Joint Council making this Decision applicable also in relation with Finland enters into force.

8. The Secretary-General shall notify the representatives of all Member States in the Council of the date of the entry into force of this Decision.

9. The Secretary-General shall deposit the text of this Decision with the Government of Sweden.

FINLAND—EFTA
ASSOCIATION

FINEFTA/DJC 1/76
1 Annex

DECISION OF THE JOINT COUNCIL No. 1 OF 1976

(Adopted at the 10th Simultaneous Meeting
on 7th April 1976)

EFTA INDUSTRIAL DEVELOPMENT FUND FOR PORTUGAL

THE JOINT COUNCIL

Having regard to the request of the Portuguese Government presented at the 17th Simultaneous Meeting of the Council and Joint Council in 1975,

Desiring to support the process towards democracy in Portugal by strengthening the Portuguese economy,

Considering the agreement reached by the Council and Joint Council at Ministerial level at their 26th Simultaneous Meeting in 1975,

Considering the fact that the provisions of the Headquarters Agreement, dated 10th August 1961, and the Protocol on the Legal Capacity, Privileges and Immunities of the European Free Trade Association, dated 28th July 1960, apply to the institutions of the Association,

Noting that Portugal has notified the Council that it will deposit shortly its instrument of ratification of that Protocol and that, pending this deposit, Portugal will treat the Fund established by Council Decision No. 4 of 1976 and its assets in Portugal as if the Protocol were already ratified,

Having regard to the paragraphs 2(c), 3 and 6 of Article 6 of the Agreement,

DECIDES:

1. Decision of the Council No. 4 of 1976, establishing the EFTA Industrial Development Fund for Portugal and giving effect to its Statute, shall be binding also on Finland and apply in relations between Finland and the other Parties to the Agreement.

2. Finland shall contribute to the Fund as provided for in the Statute.

3. This Decision shall enter into force when the representatives of all Parties to the Agreement have either accepted it in the Joint Council without reservation or have subsequently notified their acceptance to the Secretary-General of the European Free Trade Association.

4. The Secretary-General of the European Free Trade Association shall notify the representatives of all Parties to the Agreement of the date of the entry into force of this Decision.

5. The Secretary-General of the European Free Trade Association shall deposit the text of this Decision with the Government of Sweden.

EUROPEAN FREE TRADE
ASSOCIATION

Annex to
EFTA/DC 4/76

EFTA INDUSTRIAL DEVELOPMENT FUND FOR PORTUGAL

THE STATUTE

Article 1

The Statute

This Statute applies to the EFTA Industrial Development Fund for Portugal, established by Decision of the Council of the European Free Trade Association No. 4 of 1976 and Decision of the Joint Council of the Association created between the Member States of the European Free Trade Association and the Republic of Finland No. 1 of 1976, hereinafter called "the Fund".

Article 2

Objective

The objective of the Fund is to contribute to the development of Portuguese industry by financing specific projects for the reconstruction or creation of enterprises, especially small and medium sized, in the private and public sectors.

Article 3

Contributions to the Fund

1. The total amount of the contributions of the Member States and Finland to the Fund

shall be the equivalent of 84,604,516 (eighty-four million, six hundred and four thousand, five hundred and sixteen) Special Drawing Rights (SDRs) as calculated in accordance with the method of valuation applied by the Inter-

Austria	15.128 per cent
Finland	10.241 per cent
Iceland	1.000 per cent
Norway	12.003 per cent
Portugal	6.119 per cent
Sweden	30.000 per cent
Switzerland	25.509 per cent

3. The contributions shall be made available to the Fund in five equal annual instalments in the currency of the Contributory State or in another currency acceptable to the Fund. The first instalment shall be made available four weeks after this Statute has entered into force and the other instalments on the same day of each of the following four years.

4. The Fund shall call for payment out of current and past annual instalments as and when required by its operations. Unless the Council decides otherwise, any call for payment shall be made in accordance with the percentage scale referred to in paragraph 2, and no instalment or part thereof may be called for later than during the tenth year of the Fund.

5. For the purposes of the payment and repayment of the contributions the first year of the Fund shall begin on the date of entry into force of the Statute and each subsequent year of the Fund on the same date a year later.

6. Each Contributory State shall notify to the Council the national body responsible for paying the contribution to the Fund. The Fund shall conclude with those bodies, with the Portuguese central bank and, where appropriate, with other central banks or financial institutions an agreement setting out the details concerning the transfer of the contributions or parts thereof and their conversion.

Article 4

Trade promotion

The Fund shall have due regard for the promotion of intra-EFTA trade and shall conduct its operations in such a way that a substantial part of its assets are used for purchases within the Area of the Association.

Article 5

Financing operations of the Fund

1. The Fund shall attain its objectives:

- (a) by making loans, based on generally accepted banking principles, for specific projects; and

national Monetary Fund with effect from 1st July 1974.

2. The Member States and Finland (Contributory States) shall contribute to this amount as follows:

equal to	12,798,972 SDRs
equal to	8,664,348 SDRs
equal to	846,045 SDRs
equal to	10,155,080 SDRs
equal to	5,176,950 SDRs
equal to	25,381,355 SDRs
equal to	21,581,766 SDRs

- (b) up to an amount equivalent to ten per cent of the total amount of the contributions, by making loans for specific projects on terms more favourable than for loans referred to in sub-paragraph (a), and by financing project studies, technical assistance or research.

2. In the financing operations referred to in paragraph 1, the Fund shall make use of any asset at its disposal.

3. The Fund shall not, as a rule, provide the full financing of a project. Loans from the Fund shall normally be complemented by contributions from the borrower or other source, including industry in the Area of the Association. The Fund may co-operate with other financial institutions in schemes covering appropriate projects.

Article 6

Conduct of operations and liability

1. The Fund shall conduct its operations in such a way that it can fulfil its obligations to the Contributory States.

2. Except as provided for in paragraph 3 of Article 7, the financial liability of any Contributory State for the obligations incurred by the Fund shall be limited at any given time to the parts of the contribution of that State paid to the Fund and not yet repaid.

3. The European Free Trade Association shall have no financial liability for the obligations incurred by the Fund.

Article 7

Repayment of the Contributions

1. The Fund shall repay to the Contributory States the contributions paid to the Fund and shall have completed this repayment not later than on the last day of the twenty-fifth year of the Fund. Unless in exceptional circumstances the Council devises another timetable, the equivalent of one fifteenth of the respective contributions, expressed in SDRs, shall be repaid not later than by the end of the eleventh and

of each of the following fourteen years of the Fund.

2. Any repayment shall be made in the currency of the Contributory State or in any other currency acceptable to it. If the International Monetary Fund changes the method of valuation of the Special Drawing Rights applied with effect from 1st July 1974, the Council shall decide whether the Fund shall adhere to the new method.

3. If at any date on which repayment of parts of the contributions or payment of interest is due the Fund has not enough disposable assets for such payments, the Portuguese Government shall provide acceptable currencies in an amount necessary to cover the difference. As soon as the Fund again possesses the necessary assets it shall reimburse the Portuguese Government for the amount so provided.

4. After repayment of the contributions to the Contributory States and the payment of any interest thereon, the Fund shall cease to exist as an EFTA Institution. Any asset of the Fund remaining at that time shall become the property of Portugal or an institution nominated by the Portuguese Government which shall also assume any remaining obligation of the Fund.

Article 8

Interest on contributions

1. In the sixth year of the Fund and in every year thereafter the contributions paid and not yet repaid shall bear interest at a rate of three per cent per year payable at the end of each year of the Fund beginning with the sixth year.

2. Taking into account the situation of the Portuguese economy, the Council may decide to postpone the commencement of the accrual of interest and may decide that a lower rate of interest shall be paid on all or part of the contributions.

INSTITUTIONAL ARRANGEMENTS

Article 9

Responsibilities of the Council

1. It shall be the responsibility of the Council to supervise and give guidance as to the application of this Statute and to take decisions to this effect.

2. At all meetings of the Council dealing with matters relating to the Fund, a representative of Finland shall have the right to participate and shall have one vote.

Article 10

Responsibilities of the Steering Committee

It shall be the responsibility of the Steering Committee to operate the Fund except insofar as this Statute specifically provides otherwise. The Committee shall in particular:

- (a) establish general guidelines, to be approved by the Council, concerning the terms and conditions of the financing operations of the Fund;
- (b) decide, in accordance with these guidelines, on loans and other financing operations of the Fund, except on those which are to be decided upon by the Executive Commission in accordance with the provisions of paragraph 1(c) of Article 12;
- (c) report semi-annually to the Council on its current activities and furnish any additional report requested by the Council.

Article 11

Composition and procedures of the Steering Committee

1. The Steering Committee shall be composed of one member from each Contributory State, to be designated by the government concerned, together with one alternate who shall assist the member and replace him in his absence. The Secretary-General of EFTA or his representative shall attend all meetings of the Steering Committee and may take part in its deliberations.

2. Each member of the Steering Committee shall have one vote. All decisions approving loans or other financing operations, amounting in each individual case to not more than the equivalent of three million SDRs, may be taken by a majority of five affirmative votes provided the vote of the Portuguese member is among the affirmative votes. The other decisions shall be taken by unanimous vote. A decision shall be regarded as unanimous unless any member casts a negative vote. When the Steering Committee reports to the Council, any dissenting member may request that his view be stated.

3. A representative of the Executive Commission shall, unless otherwise decided by the Steering Committee, be invited to attend the meetings of the Committee and may take part in its deliberations. The Committee may set up special groups and may invite experts to assist it in the evaluation of projects and in its deliberations.

4. The Steering Committee shall lay down its rules of procedure to be approved by the Council. The rules of procedure shall provide that a majority of five votes will suffice for decisions on procedural questions.

5. The first meeting of the Steering Committee shall be convened by the Council as soon as possible after the entry into force of this Statute.

Article 12

The Executive Commission in Portugal

1. The Board of Management of the Banco de Fomento Nacional in Lisbon shall act as the Executive Commission of the Fund in Portugal with the following functions:

- (a) to inform interested enterprises of the possibilities of and the conditions for receiving financial assistance from the Fund;
- (b) to help prospective borrowers in the preparation of projects and to act as the recipient for applications;
- (c) to decide, in accordance with the guidelines established by the Steering Committee, within a total of one half of the assets at the disposal of the Fund in any year on
 - (i) applications for loans referred to in paragraph 1(a) of Article 5 amounting in each case to not more than the equivalent of 1.2 million SDRs; and on
 - (ii) applications concerning financing operations referred to in paragraph 1(b) of Article 5 amounting in each case to not more than 200 thousand SDRs; the total amount of such financing operations may not exceed one half of the amount referred to in that paragraph;
- (d) to present other applications for financing by the Fund, together with a recommendation, to the Steering Committee;
- (e) to conclude loan agreements on the loans decided by the Steering Committee or by the Executive Commission itself in accordance with sub-paragraph (c), to ensure the establishment of the security prescribed, pay out the loan, control the repayment of capital and the payment

of interest, take action in the case of default in payment and supervise the proper execution of the projects;

- (f) to take all other steps necessary to carry out its functions in Portugal;
- (g) to report periodically and on request to the Steering Committee.

2. Acceptance of these functions by the Board of Management of the Banco de Fomento Nacional shall be made by written agreement.

Article 13

Functions of the Secretary-General and Secretariat Services

The Secretary-General shall execute decisions taken by the Council in relation to the Fund and shall assist the Steering Committee in its tasks. The EFTA Secretariat shall provide the secretariat services.

Article 14

Audit

The Council shall arrange for an independent annual audit of the accounts of the Fund.

Article 15

Annual report

An Annual Report of the Fund describing its operations and reproducing its annual accounts shall be presented by the Steering Committee through the Secretary-General to the Council for approval and be published with the Council's consent.

KOSTENBERECHNUNG

Aus der Beitragsleistung Österreichs von 12 798 972 Sonderziehungsrechten, verteilt auf fünf Jahre, erwachsen dem Bund jährlich in den Jahren 1976, 1977, 1978, 1979 und 1980 Ausgaben von rund 60 Millionen Schilling. Diese Beiträge werden ab dem 6. Jahr des Fonds (1982) mit 3% p. a. verzinst und ab 1987 in 15 Jahresraten zurückgezahlt werden.